

Handelsblatt-Herausgeber: „Wir betreiben zuweilen Desinformation durch Information“



Der Herausgeber des Handelsblattes, Gabor Steingart (Foto), hat anlässlich der w&v-Veranstaltung „Future Summit 2013: Innovation, Wirkung, Nachhaltigkeit“ am 14.11.2013 in München eine bemerkenswerte Rede gehalten, die zeigt, was wirklich los ist in den Mainstreammedien. Hier ein kurzer Auszug.

Die Leser-Revolution – und warum wir sie unterstützen sollten.

[...]

Der Grund: Die Journalisten sind ganz die alten geblieben. Unsere Leser nicht. Es findet täglich ein lautloser Aufstand der Mündigen, der Selbstbewussten, der Aufgeklärten statt, die den medialen Frontalunterricht – die Redaktion belehrt, der Leser lauscht andächtig – als unzeitgemäß und auch als undemokratisch ablehnen. Wir leben größtenteils noch in der alten Welt, derweil sich unsere Leser auf fröhlicher Überfahrt in die neue Welt befinden. Es sind vor allem sieben Versäumnisse, die wir uns vorhalten lassen müssen. Ich

benutzte bewusst die Form des „wir“ und damit der Selbstbezeichnung; ich tue es mit dem Hintergedanken, so die Bekömmlichkeit des Gesagten zu erhöhen und die Abstoßungsreaktionen innerhalb unserer Zunft zu reduzieren.

1. Wir sind zu eintönig geworden. [...]

2. Wir betreiben zuweilen Desinformation durch Information. [...]

3. Wir haben uns mit der Politik gemein gemacht. [...]

4. Wir sind nicht ausreichend transparent. [...]

6. Unsere Wirtschafts-Berichterstattung ist oft nicht auf der Höhe der Probleme. [...]

7. Wir haben uns unterwerfen lassen. [...]

Die Mainstreamjournalisten schalten in den Panikmodus. Langsam aber sicher schwant ihnen, dass das ständige vorbeischieben und auch beschimpfen der Leser ihren Arbeitsplatz vernichten wird.

[Hier die umfangreiche und hochinteressante Rede als PDF.](#)

Die Roma, die Politik und die Realität



Das Problemhaus „In den Peschen“ in Duisburg ist schon länger in den Schlagzeilen. Einen Bericht in der Rheinischen Post [von gestern](#) möchte ich aber zum Anlass nehmen, den Umgang mit dem „Problem“ aus dem „Problemhaus“ mit einigen Schlaglichtern zu beleuchten:

(Von rotgold)

Das Problem

Das Problem sind nicht nur Müllberge, Exkrememente in Treppenhäusern, [mit Kot um sich schmeißende Bewohner](#), es ist nicht nur die hohe Zahl von Roma-Migranten, die sich hier ansiedeln, um ihr mittlerweile [verbrieftes Anrecht auf deutsche Sozialleistungen](#) wahrzunehmen. Allein das würde bereits ausreichen, um unsere Städte in den Ruin zu treiben.

Zusätzliche Belastungen sind die Kosten, die direkt und indirekt durch eine um sich greifende Kriminalität entstehen, von den menschlichen Tragödien ganz zu schweigen, die sich hinter jedem Einbruch, Diebstahl oder Überfall [verbergen](#):

Die Duisburger Polizei hat eine Statistik über die Straftaten der Bewohner des Duisburger „Problemhauses“ aufgestellt, in dem überwiegend Migranten aus Rumänien leben.

Danach wurden dort in den ersten neun Monaten dieses Jahres insgesamt 150 Tatverdächtige ermittelt, von denen 35 unter 14 Jahre alt und somit noch nicht strafmündig sind.

Der jüngste Tatverdächtige ist nach dem Lagebild, das unserer

Zeitung vorliegt, erst fünf Jahre alt. Einem Sechsjährigen wird vorsätzliche Körperverletzung vorgeworfen. Ein Zwölfjähriger soll in verschiedenen Städten an Diebstählen und Raubüberfällen beteiligt gewesen sein – unter anderem wurde er in Düsseldorf, Hattingen, Wuppertal, Aachen, Erftstadt und Essen von der Polizei erwischt.

Allein in Duisburg sollen „Klaukinder“ seit April 2012 für 83 Überfälle an verschiedenen Geldautomaten verantwortlich sein.“

Frühe Warner

Bereits zu Beginn dieses Jahres warnte ein Bremer Sozialdemokrat vor der Mentalität der zuziehenden Roma (in diesem Falle: nach Bremerhaven) und den möglichen Folgen für die Stadt. Es war der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Martin Korol. Der SPD-Politiker [führte aus:](#)

„Diese Menschen stammen aus einer archaischen Welt. Väter haben keine Hemmungen, ihre Kinder zum Anschaffen und Stehlen zu schicken. Sie halten es für ihr gutes Recht, ihre minderjährigen Töchter zur Hochzeit zu zwingen. Viele junge Roma-Männer schnüffeln sich mit Klebstoffdämpfen das Gehirn weg.“

Schon jetzt leben knapp 1000 dieser heimatlosen Osteuropäer in der Seestadt. Und jede Woche kommen 40 Menschen dazu. Korol arbeitete zwei Jahre in Bulgarien als Lehrer und erlebte, dass dort viele Roma nicht bereit waren, sich zu integrieren.

Korol: „Ich möchte diese Volksgruppe nicht unter Generalverdacht stellen. Aber ich fürchte, dass sie viele Kinder zeugen werden, sich aber für nichts in unserer Gesellschaft verantwortlich zeigen.“

Umgang mit der Wahrheit I

Die Reaktionen auf Korols Ausführungen folgten prompt. Sie reichten von der [Kritik an seinen Äußerungen](#) bis zum [Ausschluss aus der SPD](#) im Herbst des Jahres:

Für Bernd Schneider (51), Sprecher der Sozialbehörde, sind Korols Äußerungen hochgradig diskriminierend.

Grünen-Fraktions-Sprecher Matthias Makosch: „Das Gedankengut dieses offenbar politisch Verwirrten hätte in unserer Fraktion keinen Platz.“

Flüchtlings-Expertin Sigrid Grönert (52, CDU): „Herr Korol betreibt Stimmungsmache und scheint an tragfähigen Lösungen nicht interessiert zu sein.“

SPD-Sprecher André Stedler: „Wir werden das Thema nächste Woche in einer Fraktionssitzung besprechen.“

„Der SPD-Mann Martin Korol wird endgültig aus der SPD ausgeschlossen. Das entschied das Bundesschiedsgericht. Der Landtagsabgeordnete hatte sich auf seiner Homepage abfällig über Roma geäußert.

Der Umgang mit der Wahrheit II

Während die bisher angeführten Reaktionen einem uralten „Kulturmuster“ folgten, das den Mahner behelligt, aber nicht die unbequeme Wahrheit („Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd“), so gibt es auch ganz wundersame Stimmen, die die Fakten durchaus zur Kenntnis nehmen. Es kommt denen aber nicht so sehr darauf an, diese zu verändern, sondern sie wollen sie in Umkehrung eines Marx-Wortes nur anders interpretieren. [Und das geht so](#), wie das Beispiel des „Asylpfarrers“ Werner Baumgarten aus Stuttgart zeigt:

„[Interviewer:]

Okay, aber auch mit dem politisch korrekten Begriff „Sinti und Roma“ verbindet man noch immer Negatives, nämlich Diebstahl und aggressive Bettelei.

[Asylpfarrer Werner Baumgarten:]

Das ist leider so. Und wenn man sich in die Kulturgeschichte reinarbeitet, dann stellt man fest, dass zum Beispiel Betteln bei den Roma als ganz normaler Beruf gilt. Da gibt es nicht nur den Schmied oder den Musiker, sondern neben dem Pferdezüchter auch den Pferdedieb. Das sind jahrhundertealte Sitten und Gebräuche, die zum Teil noch heute nachwirken. Manche Roma tun sich mit bestimmten Regeln noch immer schwer.

[Interviewer:]

Und die einheimische Bevölkerung tut sich mit diesen Sitten schwer.

[Asylpfarrer Werner Baumgarten:]

Wir als Mehrheitsgesellschaft sollten diese speziellen Traditionen schon etwas mehr respektieren und nicht gleich kriminalisieren. Man muss sich da reindenken, und das Betteln zum Beispiel ist ja nichts Schlimmes oder Verwerfliches.

[Interviewer:]

Aber Diebstahl ist eine Straftat.

[Asylpfarrer Werner Baumgarten:]

So etwas muss angezeigt werden, keine Frage. Aber der Richter kann die Traditionen im Strafmaß berücksichtigen.“

Stuttgarter Nachrichten, Druckausgabe, 12. Februar 2013

Haben Sie den Hauptgedanken erkannt? Man darf die Kriminalität nicht „kriminalisieren“. Und wenn ein Roma schon einmal klaut, dann soll man die Gewohnheit des Klauens beim Tatbestand des Klauens als strafmindernd berücksichtigen.

Neue alte Reaktionen

Soweit die Reaktion von Politik und angehängter Kirche auf die Wirklichkeit zu Beginn dieses Jahres. Wie die Wirklichkeit seitdem auf die Politik reagiert hat, haben wir im obigen Artikel zu Duisburg ja bereits gesehen. Stellt sich die Frage, ob mit Verschärfung des Problems ein Umdenken eingesetzt hat? Wie reagieren Politiker auf Kriminalität und Klau-Kids [heute](#)?

Der Bund der Kriminalbeamten (BdK) in NRW forderte die rot-grüne Landesregierung auf, eine Jugendhilfeeinrichtung zur Betreuung der „Klaukinder“ bereitzustellen. SPD-Innenexperte Thomas Stotko verlangte eine finanzielle Entlastung der betroffenen Kommunen.

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) stellte klar, dass die „Klaukinder“ Opfer von skrupellosen Kriminellen seien. Die Polizei gehe gezielt gegen die Drahtzieher vor. „Kinder gehören nicht in den Knast“, betonte Jäger. „Wir müssen sie mit den Mitteln der Jugendhilfe auf den richtigen Weg bringen, damit sie die Kurve kriegen“, fügte er hinzu.

Peter Biesenbach, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Düsseldorfer Landtag, forderte die Jugendämter auf, „verstärkt gegen kriminelle Familien vorzugehen und den Eltern das Sorgerecht zu entziehen. „Es fehlen Einrichtungen, in denen die Kinder in ihrer Muttersprache betreut werden können“, sagte der Unionspolitiker.

Auf die Idee, dass es vielleicht in Rumänien Einrichtungen gibt, die die Kinder in ihrer Muttersprache betreuen könnten und auch deren Eltern, dass es den Behörden dort sogar eher zuzumuten sein könnte, sich um ihre eigenen Landsleute zu

kümmern als den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, darauf kommt niemand, immer noch nicht.

„Setad“ – Ali Khameneis 95 Milliarden-Imperium



Teheran.

Ermittlungen von Reuters deckten den Aufbau einer enormen finanziellen Organisation des obersten iranischen Führers auf, während internationale Sanktionen umgangen wurden. Seine finanziellen Mittel übertreffen die des verstorbenen Shahs um ein Vielfaches. Mit welchen Methoden diese islamische Organisation arbeitet, werden wir im Folgenden kennenlernen. Wo unter der Sonne gibt es mehr Ungerechtigkeit als in der Islamischen Republik Iran?

(Von Ardasir Pârse)

Die 82-jährige Iranerin bewahrt die Dokumente, die ihr Leben veränderten, in einem alten Koffer, neben ihrem Bett, auf. Sie nimmt sie sorgfältig aus dem Koffer und starrt auf die winzige persische Schrift.

Dort liegt die gerichtliche Genehmigung der Übernahme von drei

riesigen Wohnungen ihrer Kinder in Teheran in einem mehrstöckigen Gebäude, welche die Familie seit Jahren besessen hatte. Dort ist der Brief, der den Verkauf von einer der Einheiten vorsieht. Und es gibt eine Notiz, dass sie Miete für ihre eigene Wohnung in der obersten Etage zu bezahlen hat.

Pari Vahdat-e-Hagh hat letztlich ihr Eigentum verloren. Es wurde ihr weggenommen von einer Organisation, die vom obersten Führer Ayatollah Ali Khamenei, dem mächtigsten Mann in Iran, gesteuert wird. Heute lebt sie allein in einer engen Drei-Zimmer-Wohnung in Europa, tausende von Kilometern von Teheran entfernt.

Der persische Name der Organisation, von der sie seit Jahren verfolgt wird, lautet Setad Ejraiye Farmane Hazrate Emam – Hauptsitz für die Ausführung der Befehle des Imam. Der Name bezieht sich auf ein Edikt des ersten Führers der Islamischen Republik, das von Ayatollah Ruhollah Khomeini, kurz vor seinem Tod im Jahr 1989 unterzeichnet wurde. Sein Befehl brachte Neuerungen in der Verwaltung und im Verkauf von Immobilien in den chaotischen Jahren nach der islamischen Revolution von 1979.

Setad hat sich zu einer der mächtigsten Organisationen in Iran entwickelt, obwohl viele Iraner, und der Rest der Welt, sehr wenig darüber wissen. In den vergangenen sechs Jahren hat es sich zu einem Business-Moloch verwandelt, jetzt hält sie Beteiligungen in fast allen Bereichen der iranischen Industrie, einschließlich der Finanz- und Ölindustrie, Telekommunikation, Herstellung von Antibabypillen und sogar bei der Straußenzucht.

Den Wert der Organisation insgesamt festzulegen ist schwierig, wegen der Geheimhaltung ihrer Konten, die schwer zu lokalisieren sind.

Reuters berechnete Setads Bestand an Immobilien- und Gesellschafts- Beteiligungen und anderen Vermögenswerten auf

über 95 Mrd. USD. Diese Berechnung basiert auf einer Analyse der Aussagen von Setad Beamten, aus Daten der Teheraner Börse, Unternehmens-Websites und Informationen vom US-Finanzministerium.

(Weiter im [Online-Magazin Pârse & Pârse](#))



Islampropaganda in Wuppertaler CinemaxX-Kino



Am 11. November fand im Wuppertaler CinemaxX-Kino die Premiere des Films [„Muslimfeindlichkeit“](#) statt. Die Filmreihe wurde in den letzten Monaten vom [Medienprojekt Wuppertal](#) produziert und wird deutschlandweit auf DVD als „Lehrfilme für den Schulgebrauch“ vertrieben. Drei PI-Leser waren bei der Islampropaganda-Veranstaltung mit dabei – hier ihre Eindrücke.

Der Kinosaal war mit ca. 300 Besuchern nicht voll belegt. Wir

suchten uns Sitzplätze inmitten der anderen Zuschauer. Eine unübersehbare große Anzahl junger Frauen mit Kopftüchern nutzte den kostenlosen Kinobesuch. Aber auch junge männliche Moslems und knapp 20 Prozent Linke besetzten den Saal.

Der WDR war vor Ort und führte einige Interviews (siehe WDR-Lokalzeit-Bericht am Ende dieses Beitrags). Mit zehnminütiger Verspätung begann dann ein drittklassiger Rapper auf der Leinwand sein Leid zu klagen. Dafür bekam er ordentlich Applaus, offenbar sprach er sämtlichen Zuschauern aus der Seele.

Salafistengewalt kein Thema

Im ersten Lehrfilm wurde die Gewalt der Salafisten, die in aller [Brutalität am 5. Mai 2012 in Bonn](#) zum Tragen kam, stark verharmlost. Vielmehr wurde eine unfaire Berichterstattung der Medien über Muslime angeprangert. Man unterstellte den Medien, nicht zu wissen, worüber sie berichteten.

In einem weiteren, nur wenige Minuten langen Filmbeitrag wurde ein Fitnessstudio mit vollem Namen an den Pranger gestellt. Es habe eine Frau mit Kopftuch nach einer Woche Probetraining – vermutlich auf Kundenwunsch – vom Weitertrainieren ausgeschlossen. Eine weitere Muslimin fand keine Wohnung, eine andere keinen Aushilfsjob. Auf die eventuellen Gründe der Arbeitgeber wurde nicht eingegangen, sondern nur gemutmaßt.

Der dritte Filmbeitrag war eine billige Parodie. Zu sehen waren ein Deutscher und ein Deutschtürke im Flur eines Amtes. Der Türke benahm sich daneben und wurde vom Deutschen gemäßregelt. Die Frau im Amt trug Kopftuch, was wohl besonders lustig sein sollte. Am Ende half der Türke dem Deutschen aus der Klemme.

Bei jedem „Islamist“ grölt das Kinopublikum

Im 50-minütigen Hauptfilm wurden in Wuppertal Passanten von

einer Kopftuchträgerin nach ihren Einstellungen und Erfahrungen mit Muslimen befragt. Die Befragten prangerten häufig das Kopftuch der Musliminnen an (siehe Video am Ende dieses Beitrags). Sehr oft fiel das Wort „Islamist“, womit der gemeine Moslem gemeint war. Bei jedem „Islamist“ grölte das Kinopublikum.

Mehrfach kamen in den Filmen die Medienpädagogin Sabine Schiffer, Soziologe Prof. Andreas Zick und natürlich auch der linke Diplom-Sozialwissenschaftler Alexander Häusler zu Wort, der gerne einmal denkenden Menschen Rassismus unterstellt, was ihm auch schon eine [strafbewehrte Unterlassungserklärung](#) einbrachte. Schiffer, bekannt für ihre [Hetze gegen die islamkritische Bloggerszene](#), im speziellen gegen PI, unterstellte Islamkritikern in ihrer diesbezüglich verbalen Endlosschleife wieder einmal Ahnungslosigkeit. Prof. Andreas Zick faselte ständig von „Vorurteilen“ beim Negativbild über Moslems. Hätte Prof. Andreas Zick, der gerne alle islamkritisch denkenden Menschen pauschal als behandlungsbedürftig Gestörte sieht ([PI berichtete](#)), das Wort „Vorurteile“ gegen „Erfahrungen“ ausgetauscht, dann hätten seine Beiträge sogar Sinn gemacht.

Fragerunde: Böartige Beleidigungen von Musliminnen

Nach insgesamt 70 Minuten Filmvorführung auf niedrigem Niveau begann die Fragestunde ([hier die 31-minütige Audio-Aufzeichnung](#)), bei der jede Kritik am Film und am Islam durch böartige Beleidigungen von Musliminnen unterbunden wurde.

Nach der üblichen Kopftuchdiskussion wurde mir das Mikro in die Hand gedrückt. Ich reagierte auf einen Einwurf einer Diskussionsteilnehmerin (bei Minute 11:55), indem ich sinngemäß sagte: „Da war eine, die die Christen anprangerte, wegen irgendwelchen Kreuzzügen. Jährlich werden 100 Millionen Christen verfolgt, 100.000 Christen werden jährlich abgeschlachtet. Unter den ersten 20 Ländern, in denen Christen verfolgt werden, sind 19 islamische Länder. Die

internationalen Menschenrechte von 1950 wurden unter dem Vorbehalt der Scharia von 57 islamischen Ländern unterschrieben.“

Vor uns saßen ausschließlich junge Musliminnen. Eine dieser jungen Frauen mit Kopftuch erinnerte die Kinobesucher an die sechs Millionen Juden, die in Deutschland getötet wurden. Da habe ich erst einmal – ohne Mikro – gerufen, dass Moslems eine eigene Waffen SS hatten. Zum Glück habe ich ein lautes Organ, so dass ich im ganzen Kinosaal zu hören war. Sofort wurde mir mit Rauswurf gedroht. Fakten hatten an diesem Abend Hausverbot. Kurze Zwischenrufe konnte ich mir dennoch nicht verkneifen. Immer unter der Androhung des Saales verwiesen zu werden.

„Wann wurde der Islam als Rasse klassifiziert?“

Nach der Diskussion verließen viele Besucher den Saal. Wir drei PI-Leser diskutierten noch vereinzelt mit interessierten Teilnehmern. Stets umzingelt von Musliminnen, die irgendwelche Verfehlungen im Alten Testament anprangerten. Der Versuch, den Unterschied zwischen Altem und Neuem Testament zu erklären, scheiterte.

Im Foyer sprach ich den Veranstalter direkt an. Ich fragte ihn: „Wann wurde der Islam als Rasse klassifiziert? Sie schreiben auf Ihrer Webseite von antimuslimischem Rassismus. Wechsle ich meine Rasse, wenn ich zum Islam konvertiere?“ Darauf reagierte er sehr aggressiv, wollte keinerlei Erklärung abgeben. Zum Schluss floh er vor den Fakten nach draußen. Ein junges Paar, das sich als „links“ ausgab, hörte uns richtig gut zu und konnte neue Erkenntnisse mit nach Hause nehmen.

Insgesamt war unser Besuch ein Erfolg, weil einigen Veranstaltungsteilnehmern doch die Augen geöffnet werden konnten. Die ausschließliche „Deutsche haben nur Vorurteile gegen Moslems“-Propaganda wurde gestört. Mit Fakten konnte der Veranstalter nichts anfangen, weil er das Gemeinsame aller

Menschen herbeisehnte.

Ich will hier nicht unterschlagen, dass ich viele meiner Argumente von Michael Stürzenberger übernommen habe. Es lohnt sich halt doch, seine Videos anzusehen. Die Stereotype der Argumentation bei Muslimen scheinen überall gleich zu sein. Es zwingt sich einem der Verdacht auf, dass die Muslime in ihren Moscheen ordentlich geschult werden.

Fazit

Bei der „Filmreihe über antimuslimischen Rassismus“ vom Medienprojekt Wuppertal handelt es sich um plumpe Hetze gegen die Aufnahmegesellschaft. Der Kinosaal Eins wurde für diese Veranstaltung extra gemietet. Es dürfte mehrere tausend Euro gekostet haben, vermutlich indirekt aus der Stadtkasse. Hätte der Veranstalter nur 2 Euro Eintritt genommen, dann hätte vermutlich nur ein Drittel an Besuchern dort gesessen. Der Altersdurchschnitt lag bei geschätzten 19 Jahren.

Es soll eine bundesweite Filmvorführung dieser Reihe folgen. Für Islamkritiker bieten sich bei diesen Vorstellungen reichlich Angriffspunkte. Und man kann durch Anwesenheit und fundierte Kritik nicht nur die Islampropaganda und Meinungsmache wider den gesunden Menschenverstand und selbstständiges Denken empfindlich stören, sondern bei einigen Wenigen eventuell sogar ins Umgekehrte drehen. Den Koran sollte man dabei haben.

Videos

WDR-Bericht zur Kinopremiere von „Muslimfeindlichkeit“:

Trailer zum Film:

Michael Klonovsky: Mieter und Einwanderer

Wenn ein neuer, in seinen Lebensgewohnheiten etwas fremdartiger Mieter ins Haus zieht – und die Rede ist von einem sehr alten Haus, wo schon Generationen auf ihre Art lebten und leben –, wie werden sich die angestammten Mieter verhalten? Werden sie sich in möglichst vielen Belangen nach dem Neuen richten? Werden sie ihre Gebräuche ändern, weil er andere pflegt? Werden sie keine Witze mehr machen, die er plötzlich auf sich beziehen könnte? Keine Musik mehr hören, die ihn vielleicht stört, weil er andere mag? Werden sie prophylaktisch alle Bücher aus ihren Regalen entfernen, die ihn in seinen religiösen Gefühlen beleidigen könnten, auch wenn er sie niemals zu Gesicht bekäme? Werden sie ihren Kindern verbieten, sich darüber zu beschweren, ja überhaupt zu erwähnen, dass der neue Nachbarssohn sie gehauen habe?

Aber was denn sonst, denkt sich der deutsche Gute allweil und heißt die Fremden nicht willkommen, indem er ihnen selbstbewusst und offen entgegentritt, sondern indem er verdrückt das Eigene leugnet und abzuschaffen sucht. Neuestes Beispiel ist die Eliminierung des Hl. Martin in besonders progressiven zufällig noch in Deutschland gelegenen Kindertagestätten, weil morgendländische Zuwanderersprösslinge sich von einem Laternenumzug in Gedenken an einen frühen Christen und Abendländer in ihrer Identität (die bei ihren deutschen Altersgenossinnen und Genossen keine Rolle spielt) beeinträchtigt wenn nicht gar provoziert fühlen könnten. Wie meistens bei solchen Gelegenheiten agieren die Abschaffer im vorauseilenden Gehorsam.

Alles nicht weiter wild, könnte man sagen, ist doch gut

gemeint. Gewiss, die einzelnen Fälle sind immer harmlos und mit übertriebener Freundlichkeit zu begründen, aber alle zusammen offenbaren eine Struktur – vom Muslima-Tag im steuerfinanzierten öffentlichen Bad bis zur aus Angst vor Protesten abgesetzten blasphemisch misszuverstehenden Theaterinszenierung, vom offiziellen Schweigen über die Christenverfolgung in muslimischen Staaten und über die Schändung christlicher Kirchen hierzulande bis zur „kultursensiblen“ medialen Berichterstattung über importierte Straftäter und Sozialhilfeabgreifer, vom Verhängen „anstößiger“ Aktdarstellungen in Galerien bis zur Nobilierung des sogenannten „Kiezdeutsch“ als Hochsprache. Hier addiert sich die westliche, insbesondere deutsche kulturelle Selbstverachtung zur allgemeinen Schwäche einer überalterten, feminisierten, jederzeit kuschbereiten sogenannten Zivilgesellschaft und zum kulturell relativistischen, antirassistischen Zeitgeist, der tatsächlich ja den Rassismus und die kulturellen Rangordnungen bloß umkehrt.

Strukturell betrachtet sind solche Vorgänge nichts anderes als Unterwerfungen. Es handelt sich um eine an die Zuwanderer adressierte Bitte um Wohlverhalten, derselben Mentalität entspringend wie die milden Strafen für gewalttätige Jugendliche aus vitalen Einwanderermilieus. Dieses Wohlverhalten, das normale Gesellschaften im Zweifelsfall erzwingen, soll hierzulande durch permanente Nachgiebigkeit quasi erbettelt werden. Durch ihr Entgegenkommen erhoffen sich die sukzessiven Abräumer der eigenen Tradition und Rechtsvorstellung, dass sie nicht länger mit dieser Tradition identifiziert und bei künftigen Auseinandersetzungen verschont werden. Damit sie nicht vollends als Feiglinge dastehen, pflegen sie eine Rhetorik der Anklage gegen den vermeintlichen Rassismus und die angebliche Aggressivität des eigenen Volkes, dessen Nachwuchs auf den Straßen und Schulhöfen längst das Gegenteil erlebt, während die hilfsunfähigen Älteren wütende Leserbriefe und online-Kommentare schreiben, die dann wieder als Belege des gefährlichen deutschen Extremismus

herbeizitiert werden. Wie ein Zuwanderer, der etwas auf sich hält, auf diesen Endkampf der Kriecher gegen die Impotenten blickt, mag sich jeder selber denken.

(Gefunden bei Michael [Klonovsky, Acta Diurna!](#))



Dresden: Politiker baut Luxussuiten für Asylanten



Wenn Flüchtlings-Aufnahmelager, wie zum Beispiel in Griechenland, „unmenschlich, überfüllt und nicht den EU-Normen entsprechen“, haben Asylbewerber künftig das Recht, in ein Land einzureisen, das den gewünschten Luxus liefert ([wegweisendes Urteil](#) des Europäischen Gerichtshof vom 14.11.2013). Deutschland erfüllt die EU-Normen mustergültig. Bestes Beispiel hierfür ist die gastfreundliche Stadt Dresden, die jetzt ein besonders großzügiges Herz zeigte: Sie macht aus Plattenbuden

Luxussuiten, damit die in Deutschland einfallenden Moslemhorden Asylbewerber ein angemessenes Wohnumfeld vorfinden und sich im Land der Vollidioten richtig wohlfühlen.

(Von Verena B., Bonn)

So wollen die barmherzigen Hoteliers der Stadt jetzt 65 Wohnungen der „Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten“ (Gagfah) für Asylbewerber gratis mit edlen Tischen, Betten und weiteren Luxusmöbeln ausstatten. Laut Sozialbetrügerbürgermeister Martin Seidel (Foto oben) muss Dresden noch bis Jahresende 340 von 748 Asylbewerber-Plätzen schaffen, um sein Soll zu erfüllen.

„Ich will aber keine Notunterkünfte, sondern eine dezentrale Unterbringung, die menschenwürdig ist“, erklärt der parteilose Politiker. Die Zusage der Gagfah, bei ihr die benötigten Wohnungen mieten zu können, bekam er schnell. Jetzt fehlten nur noch die Möbel. Da bat der clevere Politiker schnell über Facebook Dresdner Hoteliers um Hilfe, und die reagierten prompt und spendeten gebrauchte Möbel und Hausrat für die Menschen, die demnächst zum kostenlosen Urlaub hauptsächlich aus Syrien und Tschetschenien einreisen.

Die Bereitstellung von Satellitenschüsseln zum Empfang ausländischer Sender und Internet-Anschlüsse ist natürlich auch inklusive. Als erfahrende Orient-Touristenberater wissen wir, was noch zum Mindeststandard der Urlauber gehört: Halal-Speisen und der Koran im Nachttisch. Da es sich höchstwahrscheinlich um einen längerfristigen Urlaub handeln wird, sollte man sich jetzt auch schon mal Gedanken über den Bau entsprechender Gebetseinrichtungen machen.

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden
Sozialbürgermeister Martin Seidel
Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19

01067 Dresden

Tel.: 0351-4882800

Fax: 0351-4882282

geschaeftsbereich-soziales@dresden.de

(Hinweis: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)



Erdogan: Es gibt kein Land namens Zypern



Da läßt der türkische Ministerpräsident Erdogan eine der größten Frechheiten der letzten Jahre heraus und sagt, es gebe kein Land namens Zypern (siehe [hier](#) und [hier](#)), und unsere Journaille verschweigt diese bodenlose Schweinerei, und die EU-Lumpen führen gleichzeitig Beitrittsgespräche mit den

Türken, die sehr erfolgversprechend seien. Zypern ist ein voller Mitgliedsstaat der EU, wurde 1974 von der Türkei überfallen und ist bis heute besetzt. EU-Rückhalt hat die Insel nicht, obwohl drumherum wertvolle Öl- und Gasvorkommen liegen. Die wollen unsere abartigen Politversager anscheinend auch noch von den Türken klauen lassen!

Roger Köppel zu ungebremster Einwanderung

Kein Land der Welt akzeptiert auf Dauer offene Grenzen und freien Personenverkehr. Die politische Sicherung der Grenzen ist eine Staatsaufgabe, auf die nur Staaten verzichten, die sich aufgeben wollen. Die EU wollte ab 1992 zu einem Staat werden. Deshalb löste sie die Binnengrenzen auf und führte die Personenfreizügigkeit ein, wie sie in der Schweiz zwischen den Kantonen Wallis und Graubünden funktioniert. Personenfreizügigkeit setzt voraus, dass die beteiligten Staaten fusionieren wollen, oder aber, dass die Wohlstandsunterschiede zwischen den an der Personenfreizügigkeit beteiligten Staaten so gering sind, dass man sie wagen kann. Wenn ein wohlhabender Kleinstaat seine Grenzen für eine Zuwanderung öffnet, die nur an den schwachen Nachweis einer irgendwie gearteten Beschäftigung geknüpft ist, dann wird diese Zuwanderung so lange weitergehen, bis sich das Wohlstandsniveau dieses Staates so weit gesenkt hat, dass er als Zuwanderungsziel nicht mehr attraktiv ist und die Ausländer lieber zu Hause bleiben.

(Roger Köppel [schreibt dies im Editorial](#) der aktuellen WELTWOCHEN für die Schweiz, aber diese Sätze gelten uneingeschränkt auch für Deutschland. Einwanderung, bis wir so

arm sind, daß keiner mehr her will. Das ist unser idiotisches politisches Nicht-Konzept!)

Warum protestieren gemäßigte Moslems nicht gegen die Gewalt im Namen des Islam?



Die Frage wurde bereits gestellt und dennoch ist sie immer neu zu stellen: Was ist der „wahre Islam“? Warum ist sie neu zu stellen? Weil man sich in Europa vor der Beantwortung drückt. Von den Philippinen über Syrien bis nach Zentralafrika töten radikale Moslems Christen und zwingen die Scharia auf. Das ist „nicht der wahre Islam“, wiederholen die Meinungsführer in Europa von den Medien über die Regierungen bis zu Parteien, Vereinen und staatlichen Einrichtungen. Damit wird ohne Beweis und ohne Begründung behauptet, daß der „wahre Islam“ ein gemäßigter Islam sei. Wenn der gewalttätige, christenmordende Islam aber „nicht der wahre Islam“ ist, warum protestieren die gemäßigten Moslems nicht gegen diese Gewalt?

Wenn das „nicht der wahre Islam“ ist, warum wehrt sich der angeblich „wahre Islam“ nicht gegen diese Usurpierung einer ganzen Religion? Wird die Frage nicht gestellt und noch

weniger beantwortet, weil ansonsten das ganze Gebäude vom „wahren gemäßigten Islam“ nach westlicher Sicht in sich zusammenbrechen würde? Warum? Weil es zwar gemäßigte Moslems gibt, aber keinen „gemäßigten“ Islam, weshalb er auch nicht den Anspruch erheben kann, der „wahre Islam“ zu sein.

(Sehr lesenswerter Artikel von Andrew Taylor auf katholisches.info – [hier gehts weiter!](#))



Video: Asylbewerberin im Münchner Protestcamp zu Deutschem: „Hau ab!“



Seit Wochen campieren senegalesische Asylbewerber beim Münchner Sozialministerium, um [ihre Forderungen durchzusetzen](#). Ihnen ist das Flüchtlingsheim im niederbayerischen Böbrach offensichtlich

nicht mehr gut genug. Diese ehemalige Ferienwohnungsanlage, die im vergangenen Jahr übrigens nach einem durch Heiminsassen fahrlässig ausgelösten Brand für 300.000 Euro auf Kosten der hart arbeitenden Steuerzahler renoviert wurde, gilt laut niederbayerischem Regierungspräsident Heinz Grunwald als „[eines der schönsten Häuser](#)“ und liege „idyllisch“.

(Von Michael Stürzenberger)

Kürzlich war eine [Delegation vor Ort](#), um sich dieses Heim anzusehen, unter ihnen der Bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer und die Grünen-Landtagsabgeordnete Rosi Steinberger. Ihr Urteil:

Die Asylbewerberunterkunft sei in Ordnung, erklärte Steinberger, da könne man nichts sagen. Dieser Meinung war auch Neumeyer, der die Bezeichnung „Dschungelcamp“ zurückwies. Es sei hier „weder dreckig noch eklig“. Der niederbayerische Regierungspräsident betonte, das Haus sei nach einem Brand vor rund einem Jahr saniert und teils sogar neu gebaut worden.

Senegalesen sollen sich hier „nicht wohlfühlen“ können?



So sieht es bei ihnen im Senegal aus:



Aber vielleicht haben die Damen und Herren Asyl-Missbraucher-Bewerber, die sich seit 5. November im Hungerstreik befinden sollen, ja ganz andere Dinge im Sinn. Sie wollen in die Großstädte, da man sich dort ganz offensichtlich besser betätigen kann als auf Wald und Wiese. Wer ein paar tausend Euro an Schlepper gezahlt hat, will wohl, dass sich die Investition auch baldmöglichst rentiert.

Aus Hamburg beispielsweise weiß man, dass die Intensivtäter im Drogengeschäft zu 95 % Schwarzafrikaner sind. Sogar im Greenpeace-Magazin findet man [besorgniserregende Nachrichten](#) darüber:

Im Februar 2002 führt die Dienststelle „Frontdeal“, LKA 63, in ihrer Kartei 145 Intensivtäter Rauschgift; 95 Prozent sind Schwarzafrikaner. Die Statistik verzeichnet für das vergangene Jahr 1421 Verstöße von Afrikanern gegen das Betäubungsmittelgesetz. Der Fahnder schätzt die Zahl der schwarzen Straßendealer in Hamburg auf 700. Seit Mitte der 90er Jahre beherrschen sie den Handel mit Kokain und Crack. Sie betreiben den Rauschgifthandel als Einnahmequelle, die wenigsten von ihnen sind selbst abhängig. Das Einwohnerzentralamt hat rund 12.000 Schwarzafrikaner in Hamburg registriert.

In anderen deutschen Großstädten wird es nicht viel anders sein. Aus dem Umfeld von Asylantenheimen auch in München wird immer öfter von Übergriffen auf Frauen berichtet. Wenn die Senegalesen, deren Heimat zu 94% aus Moslems besteht, bald in die Städte ziehen dürfen, dann heißt es für die Frauen in der Nachbarschaft: Aufgepasst. Wir haben von diesem Asyl-Zirkus die Schnauze voll und sagen deutlich:

Wirklich politisch Verfolgte dürfen in Deutschland bleiben, Wirtschaftsflüchtlinge sollen sofort wieder zurück in ihre Heimatländer geschickt werden!

Linksextreme, die so viel Asylanten wie möglich nach Deutschland karren möchten, um damit die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, skandieren in dem Video „Deutschland schlaf ein“ und applaudieren bei dem Bericht über einen Moslem-Faustschlag in mein Gesicht. Eine Senegalesin blafft mich an: „Hau ab“. Eine solche Dreistigkeit kann nur aus moslemischem Herrenmenschendenken resultieren:

Wenn die Senegalesen möglichst bald in ihre idyllische Ferienanlage nach Niederbayern zurückkehren, hoffen wir nicht, dass es dann vor dem Asylantenheim irgendwann so aussieht wie in ihrer Heimat:



Unser Motto:

Kein Mensch ist illegal – im Senegal!

(Kamera: Roland Heinrich)

Schwulenkrankheit Syphilis

Die Zahl der Syphilis-Erkrankungen nimmt in Deutschland seit drei Jahren wieder zu. Davor hatte es eine Stagnation und sogar Rückgang gegeben. Im vergangenen Jahr wurden dem Robert-Koch-Institut in Berlin 4410 Erkrankungen gemeldet, 706 mehr als im Vorjahr. Die meisten Syphilis-Kranken gab es in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. In Berlin kommen auf 100.000 Einwohner 21 neu diagnostizierte Syphilis-Fälle pro Jahr. Und dann [steht in der FAZ](#) noch diese Passage:

Bei den Flächenbundesländern liegen Nordrhein-Westfalen und Hessen vorne. Unter den Städten ragen Köln, München und Frankfurt heraus. Frauen sind weitaus seltener betroffen als Männer. Ihr Anteil ist mit sechs Prozent vergleichsweise gering. Männer infizieren sich vor allem beim Sex mit Männern. Vier von fünf Neuerkrankungen gehen auf diese Kontakte zurück.

Und wenn wir [gerade beim Thema](#) sind:

In Deutschland stellen die rund 42.000 schwulen und 31.000 lesbischen Beziehungen einen Anteil von 0,2 Prozent an den 41 Millionen Haushalten. Davon sind 32.000 eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingegangen. In etwa neun Prozent dieser Beziehungen – rund 6.000 – gibt es rund 9.000 Kinder, von denen fast 8.000 in Lebensgemeinschaften von zwei Frauen

leben.

Und diese 0,2 Prozent füllen mindestens 50 Prozent des politkorrekten Gegackers in Presse und Medien.